

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezugsbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 fr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 fr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 fr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbereichs fl. 2. 30 fr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 28. — Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Drucksetzwerk oder deren Raum 8 fr.



Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebet man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 28.; in Deutschland: 1) Dr. Sammerich in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

JW Vor Fredericia, 11. Mai, Morgens. Die Schleswig-holsteinischen Truppen halten Fredericia eng umschlossen und warten nur noch einiges schweres Belagerungsgeschütz ab, was morgen oder übermorgen ankommen wird, um die Festung so zu bombardiren, daß ihre Uebergabe bald erfolgen muß. Inzwischen vergnügen die Dänen sich aus ihren Kanonenbooten und kleinen Kriegsschiffen, deren eine lange Reihe vor Fredericia liegt, uns so viel als möglich zu beschießen, ohne die mindeste Wirkung dadurch hervorzubringen. Daß die Dänen sich übrigens in Fredericia selbst nicht sicher halten, beweist schon ihre eilige Ueberschiffung von Kanonen, Feldgeräth und Truppen nach Fühnen, wobei ihnen der Umstand, daß der heftige Ostwind sehr nachgelassen hat, gut zu statten kommt. Unser Verlust am 7. d. betrug an Todten und Verwundeten 92 Mann, darunter 2 todte und 6 verwundete Offiziere vom 1sten Jägercorps und 9ten Infanteriebataillon. Der Verlust der Dänen wird jedenfalls eben so bedeutend sein. Von den preussischen Truppen erfährt man nur, daß sie nach dernehmung von Veile, wobei sich besonders das posensche Landwehrbataillon, aus lauter Polen bestehend, sehr ausgezeichnet hat, die Truppen des Generals Rye weiter nordwärts verfolgt haben und schon in Horsens eingerückt sind. Ihr Verlust soll sich auf einige 30 Mann, darunter 1 todter und 4 verwundete Offiziere, belaufen. Die Verpflegung, die jetzt ausschließlich von Jütland geliefert wird, ist sehr gut und reichlich, und da auch die Witterung milder geworden ist, so ist der Gesundheitszustand der Soldaten ein günstiger. Die Portion, welche der Soldat aus den Magazinen bekommt, beträgt täglich 1 1/2 Pfund Brod, 3/4 Pfund sehr gutes Rindfleisch oder 1/2 Pfund Speck, 1/2 Quart Branntwein oder 1 1/2 Loth gemahlten Kaffee und Reis oder Erbsen in Menge, so daß man vollauf zu essen hat. Auch die Pflege und Behandlung in den Lazarethen von Kolding, Christiansfelde und Hadersleben, worin 300 Verwundete und Schwerfranke sich befinden, ist ungemein zu loben.

Aus Nordschleswig, 12. Mai. Während unsere vor Fredericia stehende schleswig-holsteinische Armee damit beschäftigt ist, Schanzen aufzuwerfen, um gegen die Festung operiren zu können, scheinen die Dänen nichts Eiligeres zu thun zu haben, als sich zu Schiffe von dort wegzubegeben. Es stehen ihnen zu diesem Behufe zwei Dampfschiffe und gegen 20 kleinere Segelschiffe zu Gebote, die vorgestern und gestern, wie es schien, zu jener Vorkehrung eifrig verwendet wurden. Bereits am gestrigen Tage sind die den Feind verfolgenden Preußen in Horsens eingezogen. Wir verdanken diese sichere Nachricht dem Berichte des preussischen Hauptmanns Leitgau, eines ausgezeichneten Offiziers. Die vom Obergeneral v. Prittwitz angekündigten Requisitionen auf feindlichem Grund und Boden haben bereits ihren Anfang genommen.

Nachschrift. Während Gefangene nach Süden geschafft werden, gehen 168- und 200pfündige Mörser nach Norden. Fredericia scheint sich nicht ohne Kampf übergeben zu wollen, denn nur die Cavallerie und Stadtbewohner haben sich, so viel man weiß, bisher eingeschiff, um nach Fühnen überzusetzen. (H. E.)

Kiel, 11. Mai. Die fünf hier am Orte bestehenden politischen, oder wenigstens sich mit Politik beschäftigenden Vereine (Deutscher Verein, demokratischer Verein, Gewerbeverein, Arbeiterverein und Wehrmännerverein), von welchen nur der deutsche Verein die constitutionelle Monarchie in seinem Programm enthält, während die übrigen am liebsten an Republik denken, ja sogar von einer social-demokratischen Republik reden, wenn sie auch zugeben, daß in jetziger Zeit eine Republik noch nicht zu erstreben sei, haben sich zu einer gemeinschaftlichen Adresse an die Landesversammlung wegen Aufhebung der Personalunion geeinigt, welche in den Localen der Vereine und an sonstigen öffentlichen Orten zur Unterschrift ausgelegt werden soll. Jene Vereine wollen zugleich das Bureau der Landesversammlung ersuchen, sofort die Landesversammlung zur Erledigung jener Frage wieder einzuberufen, welches ohnedies wegen der gestern von mir erwähnten Waffenstillstandsgerüchte nächstens geschehen möchte. Definitiv abgeschlossen soll übrigens ein Friede noch nicht sein, was ja auch nicht möglich wäre, aber ein viermonatlicher Waffenstillstand in begründeter Aussicht stehen. — Die dänischen Kriegsschiffe sind bei Annäherung an unsern Hafen sehr vorsichtig, da unsere Kanonenböte und Kriegsdampfer denselben sorgsam bewachen; gestern will man auch dänische Kanonenböte in der Gegend von Büll gesehen haben. Heute Nachmittag hatten wir das Vergnügen, aus der Ferne ein kleines Seegefecht mit anzusehen, wenn dieser Ausdruck nicht noch zu kühn ist. Einige unserer Kanonenböte und das Dampfschiff „Bonin“ waren ziemlich weit in die See hineingekommen und wechselten mit den draußenliegenden dänischen Kriegsschiffen, einer Fregatte und einem Dampfschiff, einige Kugeln, indeß ohne daß von einem Erfolg oder einer Be-

schädigung auf unserer oder feindlicher Seite etwas bemerkt wäre. Die schnelle Räumung unserer Westsee-Inseln durch die Dänen zeigt aber auf eine erfreuliche Weise, daß wir doch nicht umsonst Kriegsfahrzeuge gebaut haben, und was unsere Matrosen betrifft, welche Jaedrelandet „zusammengerafftes Gesindel“ zu nennen beliebt, so sind sie so gute und echte Landesfinder, daß „Christian VIII.“ und „Gefion“ glücklich gewesen wären, wenn ihre Mannschaft aus ähnlichem „Gesindel“ bestanden hätte, anstatt aus unschuldigen Kindern und schwachen Greisen.

Hamburg, 13. Mai, Abends. Mit dem „Obotrit“ sind über Wismar Nachrichten aus Kopenhagen bis gestern früh heute Nachmittag hier eingetroffen. Der Marineminister Jahrtmann warnt unterm 9. die Capitäne neutraler Schiffe, sich durch die ausgesprengten Gerüchte, als sei es leicht, die Blockade der Dirschhäfen, namentlich Stettins, zu durchbrechen, zur Nichtbeachtung derselben verleiten zu lassen; die Blockade sei effectiv. — Das neu ausgerüstete Kriegsschiff (Linien Schiff) „Stjöld“ (84 Kanonen), das den am 5. v. M. verlorenen „Christian VIII.“ ersetzen soll, ist am 11. aus dem Kopenhagener Hafen südwärts gesegelt. Es wird vom Commandeur Thomsen befehligt. — Capitän Meyer von der „Gefion“ ist gegen den bei Kolding in dänische Gefangenschaft gerathenen schlesw.-holst. Hauptmann v. Eden (ein geborner Preuße) ausgewechselt worden. — Der bekannte dänische Dichter und Theaterkritiker Heiberg in Kopenhagen, ein fürchterlicher Danomane, gegen den Heibel einst tüchtig polemisirte, hat in der „Berlingschen Zeitung“ vom 11. ein gar grimmiges, deutschensprecherisches Gedicht: „Die dänische Flagge an den Prinzen von Noer“ abdrucken lassen. Es bezieht sich auf die jüngst nach Frankfurt gebrachte große Danebrosflagge vom „Christian VIII.“ Dieselbe Nummer desselben Blattes enthält einen langen leitenden Artikel, dessen Hauptgedanke in folgenden hervorstechend gedruckten Worten liegt: „Dänemark will Schleswig nicht verlieren, wie es auch gebe.“ Natürlich stimmt dieser Artikel wieder ein Klageelied über das Einrücken der Deutschen in Jütland, über die Passivität der befreundeten Großmächte und über die Eroberungslust der Frankfurter Reichsversammlung an. Doch neben diesen obligaten Stoßseuffzern spricht die „Berlingsche Zeitung“ auch wieder den obligaten Trost aus, daß die Uneinigkeit zwischen den deutschen Königen und der deutschen Reichsversammlung bald der gerechten Sache Dänemarks zu Gute kommen werde. (!)

Deutschland.

Wien, 13. Mai. Eine gestern Abend vom „Lloyd“ mitgetheilte Nachricht, daß der Transport der russischen Truppen auf der Eisenbahn eingestellt sei, wird heute widerrufen, und man erfährt, daß ein Theil derselben bereits in Bratislava über Prerau eingetroffen sei. — Gemeinderath und Bürgermeister in Preßburg haben dem Kaiser Loyalitätsadressen überreicht. Ueber das Bombardement Pest's enthält die Pest'sche Zeitung vom 6. d. folgende Notiz: „Seit 6 Stunden ist die Kanonade mit längeren Zeitintervallen vernehmbar; auch scheint sich die Wuth gegen unsere harmlose Stadt, woher bis zur Stunde kein Angriff auf die Festung erfolgte, gelegt zu haben. Ob wir während der kommenden Nacht nicht eine Wiederholung des gestrigen Vandalismus zu befürchten haben, lassen wir dahin gestellt sein. Es heißt, daß unsere Angriffsbatterien auf der Ofener Seite bereits eine Bresche in die Festungsmauern geschossen haben. Auch soll man noch wirksameres Belagerungsgeschütz erwarten, welches den seit 28 Stunden ununterbrochen dauernden Angriff auf die Festung einem früheren erwünschten Erfolge zuführen solle.“ — Uebrigens sind hier die Meinungen über den Standpunkt, von welchem aus das Bombardement Pest's zu beurtheilen sei, sehr getheilt. Denn während die Einen hierin Vandalismus und unerlaubtes Benehmen gegen eine wehrlose Stadt erblicken, vermögen Andere darin nur einen Akt der Nothwehr zu finden, indem sich der Commandant Ofens zur Behauptung der Festung an das ihm in die Hände gegebene Unterpfand der feindlichen Hauptstadt hält. — Der ungarischen Gewerksfabrik in Großwardein fehlt es an Arbeitern. In Pest wurden daher alle zur Waffenverfertigung Fähigen aufgefordert, sich dahin zu versügen.

Von der Save wird unterm 9. d. geschrieben: Die Stimmung im dreieinigten Königreiche ist gedrückt, in der Bosnobia verzweifelt. Die Magyaren suchen den Eazistendistrikt zu Wasser anzugreifen, woran sie die Serben vergebens zu verhindern suchen. J. M. L. Thodorovich hatte sich gegen Tomasevac zurückgezogen, sein Generalfeldherr wollte auch Panceva räumen, die Serben ihrem Schicksal preisgeben und gegen Westkirchen abmarschiren; dieses verursachte bei den Serben böses Blut, Major Stefanovic legte sein Portepée ab, worauf sich Thodorovich zu bleiben entschloß. — Der Ban hatte in Agram einem Banalrathe präsidirt; es

war ein Preß- und Fremdengefeß beschlossen worden. Bei ersterem ist die binnen einem Monat zu erledigende Cautio auf fl. 1000 C. M. festgesetzt und als Preßgericht die betreffende Behörde des Angeklagten bestimmt worden. Vor seiner Abreise erließ der Ban eine Proclamation, worin er das Volk vor den falschen Propheten warnt. Sein Armeecorps hat in der Baranja Halt gemacht und in Kroatien und Slavonien wird ref. utirt.

Vom Kriegsschauplatz wird gemeldet: Das erste und zweite Armeecorps unter Feldmarschalllieutenant Schlick und Eschrich stehen auf dem rechten Donauufer, das 3. J. M. L. Simunich, auf der großen Schütt, das 4. J. M. L. Wohlgenuth, auf dem linken Donauufer gegen Tyrnau. Die Ungarn haben sich gegen Güns gezogen.

Täglich sieht man dem definitiven Friedensabschlusse mit Sardinien entgegen. General Ramorino ist vom Kriegsgerichte zum Tode, durch Pulver und Blei, verurtheilt und dieses Urtheil dem Könige zur Sanction vorgelegt worden. — Um den neuen, für das lombardisch-venetianische Königreich bestimmten Cassenanweisungen im Belaufe von 70 Millionen Lire sicheren Eingang zu verschaffen, werden nunmehr dieselben als Zwangsanlehen auf die Gemeinden im ganzen Königreiche umgelegt.

Der Kaiser ist gestern Abend um 6 Uhr wieder in Schönbrunn angekommen.

Der Kaiser hat bei seinem Aufenthalte in Preßburg zwei Generale pensionirt und einen andern Stabsoffizier zum Profosen geschickt. Bei Sr. Maj. unvermuthetem Besuch des Wiener Militärspitals war kein einziger Arzt anwesend; auch kostete der Kaiser die Suppe und fand sie sehr schlecht. Er rügte diese Mängel streng, und es machen derartige Vorgänge, die an den einen großen Namen erinnern, welchen der Kaiser trägt, sehr guten Eindruck.

Berlin, 15. Mai. Der „Preussische Staatsanzeiger“ enthält folgenden Aufruf:

Au mein Volk!

Unter dem Vorwande der deutschen Sache haben die Feinde des Vaterlandes zuerst in dem benachbarten Sachsen, dann in einzelnen Gegenden von Süddeutschland die Fahne der Empörung aufgepflanzt. Zu meinem tiefen Schmerze haben auch in einigen Theilen unseres Landes Verblendete sich hinreißen lassen, dieser Fahne zu folgen und unter derselben, im offenen Aufbruch gegen die rechtmäßige Obrigkeit, göttliche und menschliche Ordnung umzustürzen.

In so ernster und gefährlicher Zeit drängt es mich, ein offenes Wort zu meinem Volke zu reden.

Ich habe auf das Anerbieten einer Krone seitens der deutschen Nationalversammlung eine zustimmende Antwort nicht ertheilen können, weil die Versammlung nicht das Recht hatte, die Krone, welche sie mir bot, ohne Zustimmung der deutschen Regierungen zu vergeben, weil sie mir unter der Bedingung der Annahme einer Verfassung angetragen ward, welche mit den Rechten und der Sicherheit der deutschen Staaten nicht vereinbar war.

Ich habe fruchtlos alle Mittel versucht und erschöpft, zu einer Verständigung mit der deutschen Nationalversammlung zu gelangen. Ich habe mich vergebens bemüht, sie auf den Standpunkt ihres Mandats und des Rechtes zurückzuführen, welches nicht in der eigenmächtigen und unwiderstehlichen Feststellung, sondern in der Vereinbarung einer deutschen Verfassung bestand, und selbst nach Vereitelung meiner Bestrebungen habe ich in der Hoffnung einer endlichen friedlichen Lösung nicht mit der Versammlung gebrochen.

Nachdem dieselbe aber durch Beschlüsse, gegen welche treffliche Männer fruchtlos ankämpften, ihrerseits den Boden des Rechtes, des Gesetzes und der Pflicht gänzlich verlassen, nachdem sie uns um deswill, weil wir dem bedrängten Nachbar die erbetene Hilfe siegreich geleistet, des Friedensbruchs angeklagt, nachdem sie gegen uns und die Regierungen, welche sich mit mir den vererblichen Bestimmungen der Verfassung nicht fügen wollten, zum offenen Widerstande aufgerufen, jetzt hat die Versammlung mit Preußen gebrochen. Sie ist in ihrer Mehrheit nicht mehr jene Vereinigung von Männern, auf welche Deutschland mit Stolz und Vertrauen blickte. Eine große Zahl ist, als die Bahn des Verderbens betreten wurde, freiwillig ausgeschieden, und durch meine Verordnung vom gestrigen Tage habe ich alle preussischen Abgeordneten, welche der Versammlung noch angehörten, zurückgerufen. Gleiches wird von anderen deutschen Regierungen geschehen. In der Versammlung herrscht jetzt eine Partei, die im Bunde steht mit den Menschen des Schreckens, welche die Einheit Deutschlands zum Vorwande nehmen, in Wahrheit aber den Kampf der Gottlosigkeit, des Eibbruchs und der Raubsucht gegen die Throne entzünden, um mit ihnen den Schutz des Rechtes, der Freiheit und des Eigenthums umzustürzen. Die Gräuel, welche in Dresden, Breslau und Eibersfeld unter dem erheuchelten Rufe nach Deutschlands Einheit begangen worden, liefern die traurigen Beweise. Neue Gräuel sind geschehen und werden noch

vorbereitet. Während durch solchen Frevel die Hoffnung zerstört ward, durch die Frankfurter Versammlung die Einheit Deutschlands erreicht zu sehen, habe ich in königlicher Treue und Beharrlichkeit daran nicht verzweifelt. Meine Regierung hat mit den Bevollmächtigten der größeren deutschen Staaten, welche sich mir angeschlossen, das in Frankfurt begonnene Werk der deutschen Verfassung wieder aufgenommen.

Diese Verfassung soll und wird in kürzester Frist der Nation gewährt, was sie mit Recht verlangt und erwartet: ihre Einheit, dargestellt durch eine einheitliche Exekutivgewalt, die nach außen den Namen und die Interessen Deutschlands würdig und kräftig vertritt, und ihre Freiheit, gesichert durch eine Volksvertretung mit legislativer Befugnis. Die von der Nationalversammlung entworfene Reichsverfassung ist hierbei zu Grunde gelegt, und sind nur diejenigen Punkte derselben verändert worden, welche aus den Kämpfen und Zugeständnissen der Parteien hervorgegangen, dem wahren Wohle des Vaterlandes entschieden nachtheilig sind. Einem Reichstage aus allen Staaten, die sich dem Bundesstaate anschließen, wird diese Verfassung zur Prüfung und Zustimmung vorgelegt werden. Deutschland vertraue hierin dem Patriotismus und dem Rechtsgefühl der preussischen Regierung; sein Vertrauen wird nicht getäuscht werden.

Das ist mein Weg. Nur der Wahnsinn oder die Lüge kann solchen Thatfachen gegenüber die Behauptung wagen, daß ich die Sache der deutschen Einheit aufgegeben, daß ich meiner früheren Ueberzeugung und meinen Zusicherungen untreu geworden.

Preußen ist dazu berufen, in so schwerer Zeit Deutschland gegen innere und äußere Feinde zu schützen, und es muß und wird diese Pflicht erfüllen. Deshalb rufe ich schon jetzt mein Volk in die Waffen. Es gilt Ordnung und Gesetz herzustellen im eigenen Lande und in den übrigen deutschen Ländern, wo unsere Hilfe verlangt wird; es gilt Deutschlands Einheit zu gründen, seine Freiheit zu schützen vor der Schreckensherrschaft einer Partei, welche Gerechtigkeit, Ehre und Treue ihren Leidenschaften opfern will, einer Partei, welcher es gelungen ist, ein Reg der Bethörung und des Irthums über einen Theil des Volkes zu werfen.

Die Gefahr ist groß, aber vor dem gesunden Sinn meines Volkes wird das Werk der Lüge nicht bestehen; dem Rufe des Königs wird die alte preussische Treue, wird der alte Ruhm der preussischen Waffen entsprechen.

Steht mein Volk zu mir, wie ich zu ihm in Treue und Vertrauen einträchtig, so wird uns Gottes Segen und damit ein herrlicher Sieg nicht fehlen.

Charlottenburg, den 15. Mai 1849.

Friedrich Wilhelm.

Graf v. Brandenburg.

4 Berlin, 15. Mai. Die Verhandlungen der Bevollmächtigten Bayerns, Sachsens und Hannovers mit Preußen in Betreff der deutschen Angelegenheit werden, wie wir als zuverlässig andeuten können, heute zum Schlusse und zur Erledigung geheißen. Nach der bisherigen Haltung, welche Oesterreichs Vertreter diesen Verhandlungen gegenüber beobachtet hat, scheint es keinem Zweifel zu unterliegen, daß Oesterreich den auf einen engern deutschen Bundesstaat hinielenden Beschlüssen seine Zustimmung ertheilen werde, unter der Voraussetzung jedoch, daß Oesterreich mit seinen sämtlichen Völkern in dem weitem, durch so viele Jahrhunderte befestigten Verhältnis mit Deutschland ohne alle und jede Abschwächung der früheren Bundesbeziehungen verbleibe. Binnen Kurzem dürfte die Veröffentlichung der Beschlüsse erfolgen, die bei dem besonnenen Theil der Nation Angeichts der großen Gefahren, worin das deutsche Vaterland schwebt, vielleicht nicht ohne Anklang bleiben möchten. Nach der unter den genannten deutschen Staaten zu Stande gekommenen Uebereinkunft wird die von der deutschen Nationalversammlung beschlossene Reichsverfassung fast in allen Punkten, mit Ausnahme des Wahlgesetzes, unverändert beibehalten werden. An diejenigen deutschen Staaten, welche sich nicht an den Verhandlungen durch entsendete Bevollmächtigte betheiligt haben, wird die Aufforderung ergehen, dem zu erstrebenden engern Bundesstaate sich anzuschließen, indessen dem freien Ermessen dieser Staaten es anheimgegeben bleiben, ob sie beitreten oder in anderer Stellung, diesem Bundesstaate gegenüber, verharren wollen. Jeder Zwang soll in dieser Beziehung durchaus vermieden werden. Vor Allem bedeutungsvoll ist der von den beitretenden Staaten festgestellte Beschluß, daß Preußen die ausübende Gewalt in den jenen engern Bundesstaat betreffenden Angelegenheiten in die Hand nehmen, und sofort an die Spitze dieses Bundesstaates trete, der mithin einstweilen aus Preußen, Bayern, Hannover und Sachsen bestehen würde. Preußens König ist als Oberhaupt des aus den genannten vier Königreichen bestehenden engern Bundesstaates anerkannt. Daß bei dieser Gestaltung von einem Kaiserthum abgesehen wurde, leuchtet von selbst ein. Es scheint wohl nicht zweifelhaft zu sein, daß das gesammte Norddeutschland Preußen und Hannover folgen werde, da die kleineren norddeutschen Staaten aus vielfachen Gründen und Interessen keine abgesonderte Stellung werden behaupten wollen noch können. Das ist der gegenwärtige Stand der Sache, wie wir ihn aus guten Quellen mittheilen. — Das Gardelandwehrbataillon in Potsdam, welches in Eile nach dem Rheine befördert worden ist, ward vorher vom König ermahnt, gegen Unbewaffnete stets mit Schonung zu verfahren und nie die strengste Disciplin außer Acht zu lassen. Dem Ausspruch des Königs, daß er erwarte, daß sie als brave preussische Soldaten in jeder Beziehung ihre Schuldigkeit thun würden, antworteten die Truppen durch ein begeistertes dreifaches Hurrah. Die Bestimmung des Bataillons dürfte zunächst Eibersfeld sein. Hinsichts des bereits berathenen neuen Wahlgesetzes erfährt man aus guter Quelle, daß von einer Veröffentlichung desselben noch Abstand genommen werden würde. Außerdem dürfte es sehr zweifelhaft sein, daß mit den neuen Wahlen für die zweite Kammer bald vorgegangen werde, da die gegenwärtigen Verhältnisse in der Rheinprovinz der Vornahme dieser Wahlen hindernd in den Weg treten. Wir

hören, daß eine Veröffentlichung des Staatsministeriums bevorstehe, worin der Aufschub der neuen Wahlen näher begründet werden solle. Die andern Provinzen, ohne die Rheinprovinz, die Wahlen vornehmen zu lassen, scheint dem Staatsministerium aus mehrfachen Gründen nicht thunlich und rathsam zu sein. Alles dürfte daher darauf hindeuten, daß die Wahlen erst dann, wenn die gesetzliche Ordnung im ganzen Umfange des preussischen Staates wiederhergestellt sein wird, statt haben werden. Bei dem Charakter, welchen die Bewegung angenommen hat, glaubt man hier, daß von Seite der rheinischen Bürger selbst dringende Forderungen zur kräftigen Wiederherstellung der Ordnung binnen Kurzem an die Staatsgewalt gestellt werden würden.

*** Karlsruhe, 16. Mai. Wer unsere Stadt seit der vorigen Woche nicht mehr gesehen hat, wird sich kaum einen Begriff von der Veränderung machen können, die seit einigen Tagen in ihr vorgegangen ist. Sonst das ruhigste Stillleben einer freundlichen Residenz und eine Ruhe, die durch nichts in der Welt verschreckt werden zu können schien, jetzt ein beständiges Wogen und Drängen, ein Leben und Treiben, das mit den Straßen und Häusern aufs Selbstsamste contrastirt. Während man früher höchstens bei der Wachparade oder beim Zapfenstreich den Trommelwirbel zu hören bekam, wird uns jetzt unaufhörlich dieser Genuß zu Theil: den ganzen Tag wird Generalmarsch geschlagen, bald fürs Militär, bald für die Bürgerwehr und die Freischaren und wo sonst nur der elegante Frack und der Pariser Hut zu sehen war, da gewahrt man jetzt die weniger formschöne Tracht der Männer des Fortschritts, den Paletot und den Schlapphut mit rother Feder. Es hat wohl nicht leicht eine Stadt gegeben, welche in so kurzer Zeit eine so veränderte Physiognomie angenommen hat, wie die unsere, allein eben dieser rasche und gewaltsame Uebergang gibt die sicherste Bürgschaft, daß er, weil nicht naturgemäß, auch nicht lange dauern kann. Wann aber ein anderer Zustand eintreten und wie viel Leid unsere Stadt bis dahin noch treffen wird, wer kann es wissen? Den härtesten Stand haben unstreitig im gegenwärtigen Augenblick unsere Offiziere. Verlassen sie ihre Mannschaft, so geben sie diese der Auflösung preis, und zwingen sie, ihrem Hohn und Untreu zu werden, wie es denn überhaupt im höchsten Grade zu mißbilligen ist, daß bei dem Ausbruch der Unruhen so viele Offiziere geflüchtet sind, da nur dadurch, daß die Soldaten ohne Führer waren, die Excesse einen so ernstlichen Charakter annahmen; bleiben sie, so gerathen sie dadurch nicht minder mit ihren Pflichten nach anderen Seiten hin in Conflict. Gestern haben die Soldaten ihre Offiziere gewählt, die jüngsten Leute wurden zu Hauptleuten und Majoren befördert. Wie lange wird dieses Avancement dauern? Vielleicht nicht länger als das neue Ministerium, das eben von dem „Vollziehungsausschuß“ niedergelegt worden ist. Es besteht dasselbe aus folgenden Mitgliedern: Brentano, Inneres und Präsidenschaft; Peter, Justiz; Lieutenant Eichfeld, Krieg; Goegg von Renchen, Finanzen. Der Letztere, noch ein sehr junger Mann, hat heute früh den Befehl erlassen, daß jeder Staatsdiener, der sich entfernt, entlassen und sein Vermögen confiscirt werde; eine weitere Anordnung ist, daß jeder Kaufmann am hiesigen Orte, der seinen Laden schließt, für die Stunde einen Kronthaler zu zahlen hat. Unter Brentano und Struve soll es bereits zu Zwistigkeiten gekommen sein, da jener gemäßigte Schritte will, und namentlich von einer Proclamation der Republik, wozu dieser hindrängt, nichts wissen mag.

Nachschrift. Soeben sind zwei Hauptleute von Rastatt hieher transportirt worden. Sie sollen heute Mittag standrechtlich erschossen werden.

Jeder Bahnzug der ankommt, bringt Freischärler mit. Die ganze Stadt ist überfüllt mit ihnen. Bis jetzt sind zwölftausend hier versammelt, bis morgen sollen siebzehntausend hier sein. Dann wollen sie weiter ziehen, wie es heißt, nach Mannheim und Frankfurt.

Freiburg, 15. Mai. Die hier garnisonirenden zwei Bataillone des 2ten Infanterieregiments haben in einer gestern abgehaltenen Versammlung beschlossen, folgende Forderungen zu stellen:

- 1) Unverzügliche Beerdigung der Offiziere und Soldaten auf die Reichsverfassung, wie diese aus den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung hervorgegangen ist.
- 2) Unbedingte Amnestie für alle Soldaten, welche auf Seite des Volkes stehen, wofür der General v. Gayling sein Ehrenwort zu verpfänden hat.
- 3) Freie Wahl der Vorstände durch Wahlmänner aus den einzelnen Compagnien.
- 4) Anerkennung der Beschlüsse der Offenburger Versammlung vom 13. Mai.
- 5) Freie Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte, ungehindert durch militärische Disciplin.
- 6) General v. Gayling hat dafür durch Ehrenwort zu haften, daß Generalleutnant von Miller nicht in Freiburg einrückt.

Die Soldaten wählten gestern ihre Offiziere für sämtliche drei Bataillone des Regiments, und zwar zum Obersten den bisherigen Major Dreyer. Auf Anordnung der neuen Führer marschirten heute früh um 7 Uhr die zwei hier befindlichen Bataillone in's Oberland ab. Ein paar Stunden später traf das dritte Bataillon des Regiments, welches in Dörfern unterhalb Freiburg lag, hier ein, und marschirte sogleich den zwei andern Bataillonen nach. Reichsgeneral Miller, Oberbefehlshaber der sämtlichen Reichstruppen im Badischen, befindet sich mit den Württembergern noch im Kircharterthal, und hat heute aus seinem Hauptquartier Burg einen Aufruf an das ihm untergeordnete badische Militär gerichtet. Er soll gestern die Zusicherung ertheilt haben, daß er heute hier nicht einrücken werde, wenn das badische Militär Freiburg verlässe. — Sehr viele Einwohner unserer Stadt haben sich in den letzten Tagen geflüchtet, besonders in die benachbarte Schweiz. Bis jetzt war zum Glück noch keine Veranlassung dazu vorhanden. Jeder muß anerkennen, daß hier während der ganzen Militärbewegung die persönliche Sicherheit auch nicht einen Augenblick gefährdet war, und auch jetzt, nach dem Abzug der Truppen, herrscht musterhafte Ruhe und Ordnung in

der Stadt. — Der Landesausschuß hat den Rechtsanwalt Heunisch von hier zum Civil- und Militärcommissar des Oberrheinkreises ernannt.

Rastatt, 14. Mai. Heute zwischen 12 und 1 Uhr leisteten die hiesige Bürgerwehr, die ganze Garnison mit den noch anwesenden Offizieren und selbst die österreichische Artillerie und technischen Truppen den Eid auf die Reichsverfassung. Dieser Eid wurde von Brentano abgenommen, welcher vom Balcon des Rathhauses herab verkündete, daß die bisherige Regierung in Karlsruhe geslohen sei, er also nebst den übrigen Mitgliedern des Landesausschusses der Volksvereine den Auftrag übernommen habe, für Handhabung des Gesetzes und der Ordnung im Lande Sorge zu tragen. Man erwartet hier starken bewaffneten Zuzug, und weil nicht abgesehen werden kann, ob die Festung nicht gegen auswärtige Feinde später zu vertheidigen ist, so sollen einstweilen alle Festungsarbeiter von hier entfernt werden, um im Nothfalle nicht eine Menge Leute hier zu haben, die zur Vertheidigung nichts beitragen. Sonst ist es hier ziemlich ruhig, nur wird hin und wieder ein mißliebiger Offizier aufgesucht und in Haft gebracht, wenn er gefunden ist. Viele entzogen sich dieser Möglichkeit durch die Flucht. Der hiesige Theil des Heeres hat sich nun seine Führer selbst gewählt, alle aber, die entflohen sind, ihrer Stellen entsetzt. Mehrere wurden durch diese Prozedur rasch befördert, so ist Hauptmann Greiner durch den Willen der Bürger und Soldaten Gouverneur der Festung, und General Losmann, der diese Stelle bisher inne hatte, wird streng bewacht. Auch der Bannerführer der Bürgerwehr mußte heute früh abtreten und seine Stelle einem bisherigen Leitmanne überlassen. Aus der Stadt sind viele Familien, weil sie Störungen der Sicherheit, oder eine Belagerung fürchteten, geflüchtet. Auch hier ist ein Sicherheitsausschuß niedergelegt. (Freib. 3.)

Mannheim, 16. Mai. Morgens 11 Uhr. Unsere Stadt befindet sich seit dem heutigen Morgen in einer fieberhaften Aufregung. Die Ursache hiervon ist der Oberst Hinfelbey, der bekanntlich mit zwei Schwadronen und einer Batterie (nach andern Nachrichten eine halbe Batterie) die Flucht des Großherzogs deckte, und denselben bis Germersheim begleitete, von dort zurückkehrte und sich durch den Hardtwald nach dem Neckar zog, wahrscheinlich in der Absicht, bei Ladenburg über den Fluß zu setzen und Frankfurt zu erreichen. Frühzeitig genug war dieser Plan in Karlsruhe bekannt, sodaß der Landesausschuß noch einen Zuzug von 1600 Mann Bürgerwehren (vom ersten Aufgebot der Bürgerwehren von Offenburg bis Rastatt abwärts) nebst einem Bataillon des dritten Infanterieregiments nach Mannheim senden konnte. Dieser Zuzug traf gestern Abend gegen 9 Uhr hier ein und wurde von der hiesigen Einwohnerschaft mit ungemeiner Gastlichkeit empfangen. Gegen 2 Uhr langte die Nachricht hier ein, daß der Oberst mit seinem Corps in der Richtung nach Ladenburg marschire, weshalb sogleich Generalmarsch geschlagen und die angekommenen Hülfskräfte, sowohl Militär als Bürgerwehren, nebst gebildeten Freiwilligen aus dem hiesigen 4. Linienregimente von hier abmarschirten, um den Plan Hinfelbey's zu zerstören, und denselben aufzufangen und sein Geschick abzunehmen. Die ausgesandten Colonnen trafen ihren „Feind“ bei dem sogenannten Grenzhofe, bis jetzt ist über den Erfolg noch nichts Näheres bekannt.

Nachmittags 3 Uhr. Bis jetzt ist über den Erfolg der gegen Hinfelbey operirenden Truppen noch keine sichere Nachricht eingetroffen. Nach einigen soll der Oberst im Seifenheimer Wald eingeschlossen sein, nach andern am Fuß des Gebirges in der Gegend von Heidelberg stehen.

Zuverlässige Augenzeugen berichten von der Stärke des Hinfelbey'schen Corps, dasselbe bestehe aus 16 Stüd Geschützen mit Bedienung, circa 200 Dragonern, 40 bis 50 Offizieren, und ungefähr 60 Mann Infanterie. (M. 3.)

*** Frankfurt, 17. Mai. Nachstehende „Deffentliche Erklärung“ wird uns von Lauterburg mitgetheilt: „Die unterzeichneten Mitglieder des großherzoglichen Staatsministeriums erfüllen ihre Pflicht nach dem Verlangen Sr. königl. Hoh. des Großherzogs, indem sie sich von Karlsruhe entfernen und dem Großherzog dahin folgen, wo Höchstersebe verweilt, um seinen weitem Regierungshandlungen, so lange sie die verantwortlichen Minister sind, zur Seite zu stehen. Nur der größte Drang der Umstände, die Schlag auf Schlag sich folgenden Ereignisse, der Abfall eines Theils der großherzoglichen Truppen von ihrer Fahnenreue, welche sich mit Gewalt der Reichsfestung Rastatt bemächtigt, die ungeseglichen Beschlüsse einer Volksversammlung in Offenburg und die daraus unmittelbar hervorgegangenen Gefahren eines bewaffneten Zuzugs nach Rastatt und Karlsruhe, endlich die ganz unerwartete Meuterei eines Theils der hiesigen Garnison (wenn gleich hier, wie in Rastatt die militärische Treue Anderer, und namentlich sämtlicher Offiziere und eines großen Theils der Unteroffiziere bei ungenügenden Kräften nur um so heller hervortrat), nur all' dies zusammen konnte den Großherzog, nachdem jede Bürgschaft für die Erhaltung einer wohlgegründeten Ordnung und Sicherheit für den Lagerblick verschwunden war, nach dem Rathe seiner Minister bewegen, seine Residenz auf kurze Zeit zu verlassen, um sich wo möglich an den Sitz der provisorischen Centralgewalt nach Frankfurt zu begeben. Unter diesen Umständen, und da auch die hiesigen Einwohner sich außer Stand fühlen, dem Andrang bewaffneter Zuzüge wirksam entgegen zu treten, kann unsere Anwesenheit dahier von keinem Erfolge mehr und daher unser Platz nur in der Nähe des Großherzogs sein. Indem wir Karlsruhe verlassen, verwahren wir die Rechte Sr. königl. Hohheit des Großherzogs und Seiner verfassungsmäßigen Regierung gegen jeden ungeseglichen Eingriff, und fordern alle Bürger Badens, alle Behörden und Beamten auf, in ihrer Treue gegen den Großherzog, gegen die Reichs- und die Landesverfassung unerschütterlich zu beharren. Karlsruhe, den 14. Mai 1849. Gez. Dusch. Bess. Hoffmann. v. Stengel.“

*** Frankfurt, 18. Mai. In Betreff der in dem Schreiben aus Straßburg vom 14. Mai (Nr. 116 der D. V. A. 3., Hauptblatt) mitgetheilten Angabe, „daß eine große Zahl französischer Bürger sich nach Rastatt begeben“, geht uns

aus bester Quelle die Berichtigung zu, daß nur die in Straßburg bisher sich aufgehaltenen deutschen und polnischen Demokraten als Freischärler sich nach dem Großherzogthum Baden begeben, französische Bürger aber an dem Aufstande in diesem Lande thatsächlich sich nicht betheiligt haben.

Schw e i z.

Bern, 13. Mai. Seit die Bewegung in den Massen des deutschen Volkes wieder begonnen hat, sind die meisten Flüchtlinge wieder verschwunden, einzeln, ohne das mindeste Geräusch.

Italien.

Der „Tyroler Boten“ vom 12. schreibt: Eben verbreitet sich hier das begründete Gerücht, daß der Friede mit Piemont definitiv abgeschlossen sei.

Deutsche Reichsversammlung.

222. außerordentliche Sitzung.

Vorsitzender: Präsident Reh.

H Frankfurt, 17. Mai.

(Tagesordnung: Anhörung des Programms des neuen Ministeriums).

Die Sitzung wird um 4 1/2 Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Grävell, Finanzminister Merk, Justizminister Detmold. Der Vorsitzende meldet den Austritt der Abg. v. Wegnern, Reitmayer, v. Rotenhan, v. Treskow, Seydel, Suchan, Wiethaus, Graf Giesch, v. Schleusing. Ministerpräsident Grävell antwortet auf eine neuliche Interpellation des Abg. Mohr wegen angeblichen Truppenbewegungen nach Mainz, daß von solchen auch nicht die geringste Meldung dem Reichsministerium geworden und daß eine solche auch noch viel weniger von hier aus angeordnet worden sei. — Eine zweite Interpellation wegen der Nachwahl für einen ausgetretenen Abgeordneten wird gleichfalls beantwortet. Der Vorsitzende meldet hierauf, daß ihm von Sr. kaiserl. Hoheit dem Reichsverweser die bekannte preussische Denkschrift vom 14. d. M. übersendet worden. Der Reichsverweser benachrichtigt ferner in einer Zuschrift den Vorsitzenden des Hauses von der Bildung des neuen Ministeriums. Wir erfahren aus der Zuschrift, daß die obersten Departements des Kriegsministeriums einstweilen von den Herren General Eberle und Oberst Stavenhagen geleitet werden, und daß das Handelsministerium zur Zeit unbesetzt bleiben wird. Sr. kaiserl. Hoheit übersendet zugleich das Programm des neuen Ministeriums, welches der Vorsitzende verliest. Es lautet:

Die Errichtung des Verfassungswerks ist durch das Gesetz vom 28. Juni 1848 von der Thätigkeit der Centralgewalt ausgeschlossen. Schon aus diesem Grunde hält die Centralgewalt eine Wirksamkeit behufs Durchführung der Verfassung für außerhalb ihrer Befugnisse und Pflichten liegend. Wie sie jedoch gerne bereit ist, eine Anerkennung der Verfassung bei den Regierungen zu vermitteln, so erachtet sie es andererseits als durch die ihrer Obhut anvertraute Wohlfahrt und Sicherheit Deutschlands geboten, allen ungesetzlichen und gewaltsamen Bewegungen, welche die Durchführung der Verfassung zum Vorwand oder Anlaß haben, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten (Oh! links), sobald die Hilfe und Vermittelung der Centralgewalt von der betreffenden Regierung nachgesucht wird.

Wie die Centralgewalt innerhalb der ihr durch das Gesetz vom 28. Juni angewiesenen Competenz von der der Reichsversammlung zustehenden Errichtung des Verfassungswerkes sich durchaus fern gehalten hat und ferner zu halten entschlossen ist, also erachtet sie es auch als eine Pflicht, die ihr ausschließlich zustehende Regierungsgewalt vor jeder Einmischung zu bewahren und jeden Eingriff in dieselbe zurückzuweisen. (Bewegung.) Dr. Grävell, Jochnius, Detmold, Merk.

Abg. Welfer stellt in Bezug auf das Programm den dringlichen Antrag: Die Nationalversammlung erklärt, nachdem sie die Ernennung des Reichsministeriums und dessen Programm vernommen, daß sie zu diesem Ministerium nicht das geringste Vertrauen haben könne (Großer Beifall), sondern vielmehr diese Ernennung unter den obwaltenden Umständen als eine Beleidigung der Nationalvertretung betrachten müsse. (Großer Beifall.) Sie beschließt: An den Erzherzog Reichsverweser alsbald durch eine Deputation das bestimmte Ansuchen zu stellen, baldigst ein Reichsministerium zu bilden, welches gewillt und geeignet ist, die Reichsverfassung durchzuführen und höchstbesseren Erklärung in Beziehung auf dieses Ansuchen entgegenzunehmen.

Abg. Freudentheil aus Stade stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

In Erwägung, daß nach dem parlamentarischen Verhalten, welches die angekündigten Reichsminister beobachten, nach den Grundsätzen, zu welchen sie sich bekannt, sie so wenig auf die Mehrheit innerhalb der Paulskirche, als außerhalb derselben sich Rechnung machen dürfen, vielmehr mit Gewisheit anzunehmen ist, daß ein Schrei der Entrüstung durch alle Gauen Deutschlands ziehen werde, wenn die designirten Reichsminister nur 24 Stunden im Amte bleiben werden (Große Heiterkeit), es demnach die Ehre und Pflicht der Nationalversammlung dringend erheische, Minister solcher Geistesrichtung als die der präsentirten mit dem entschiedensten Unwillen sofort zurückzuweisen und dadurch Ausdruck dem Gefühle zu geben, welches das deutsche Volk aufregen wird, wenn es die Nachricht von dem neugebildeten Ministerium erhalten wird; in Erwägung ferner, daß selbst, wenn in Worten sich die besagten Minister den Grundsätzen der Majorität des deutschen Volkes dieser Versammlung sollten anschließen wollen, dieser plötzlichen Sinnes- und Grundsatzumwandlung durch aus kein Vertrauen geschenkt werden darf; in endlicher Erwägung, daß dem Reichsverweser zwar die Wahl der Minister freisteht, selbstredend aber nach den Grundsätzen des Constitutionalismus, wenn solcher nicht zu dem un-

würdigsten Gaukelspiel herabgewürdigt werden soll, vorausgesetzt werden muß, daß der Reichsverweser sich mit Räthen umgebe, die das Vertrauen und die allgemeine Achtung der Versammlung haben, erklärt die Nationalversammlung:

Daß die angekündigten Minister das Vertrauen der Versammlung nicht besitzen, und in keiner Beziehung auf die Unterstützung derselben sich Hoffnung machen dürfen. (Großer Beifall.)

Abg. Welfer erhält das Wort, um seinen Antrag zu begründen. Die Gefahren des jetzigen Augenblicks sind so groß, daß meine Worte zu klein sein möchten, um sie zu schildern. Kann es noch eine Frage sein, ob nach Allem, was vorgegangen ist, nach dem verworfenen Ministerprogramme, ein Ministerium mit einem solchen Programme möglich ist, ob es nicht gefährlich wäre für ganz Deutschland, wenn dasselbe am Ruder bliebe? Der Redner wünscht, daß dieser Antrag, ohngeachtet dessen anerkannter Dringlichkeit, dem Ausschusse zugewiesen werde.

Abg. Freudentheil aus Hannover begründet seinen Antrag in kurzen Worten und schließt: Ein solches Ministerium kommt mir vor wie ein Hohn auf unser großes deutsches Volk. (Beifall.)

Abg. Simon von Trier: Das vorgelesene Programm verletzt den Rechtsboden der vorhandenen Gesetze. Der Bundestag selbst hat erklärt, die Nationalversammlung habe die Aufgabe, die Verfassung zwischen dem Volke und den Regierungen zu Stande zu bringen. Sie steht also in der Mitte und wer in der Mitte steht, schließt ab. Der Redner verliest eine Stelle aus dem kaiserlichen Promemoria, welche dasselbe sagt. Der ganze damalige Plan ging nur auf die Corruption der Wahl aus, allein das Recht des Constituirens ist der Versammlung nie bestritten worden. Nach der Seite des Ausschlusses der Einzelregierungen wie derjenigen des Reichsverwesers ist die Versammlung unabhängig. Glauben zu wollen, daß die Versammlung in der provisorischen Centralgewalt eine ihr gegenüberstehende constitutionelle Gewalt habe schaffen wollen, wäre ein Hohn auf sie selbst. (Beifall.) Darüber war die Versammlung zu ihrer Zeit mit 512 St., als Abg. Raveaur seinen bekannten Antrag stellte, einig. Die Minorität von damals kann uns vielleicht, wenn der neue Kriegsminister da sein wird, durch Gewalt beherrschen wollen, allein dann stehen sie auf dem Boden des Meineides, des Treubruchs und des Verrathes. (Großer Beifall.)

Sie können zwei Wege einschlagen, entweder die kurze Zeit zum Schwägen, die Ihnen noch gegönnt wird, so lange benutzen, bis alle verfassungsfreundlichen Truppen entfernt sind, bis man den Belagerungszustand über die Bürger wird verhängen lassen, und man mit Gewalt erzwingen wird, was auf parlamentarischem Wege unmöglich gewesen wäre. Man darf nicht in die Executive eingreifen, das ist die alte Frage von Wien und Berlin. Man sammelt einstweilen Kräfte und dann wird man die linke Seite des Hauses gebunden überliefern. (Sehr wahr! rechts.)

Der Herr Erzherzog ist nicht, wie Herr v. Gagern erklärte, zurückgetreten, sondern hat uns ein Ministerium mit einem Programm gegeben, welches der Untergang dieser Versammlung sein wird. Hr. v. Gagern hat dem deutschen Fürstentume einen großen Dienst erwiesen, aber schwarzen Lindank geerntet, wie noch nie Jemand. (Großer Beifall.) Wir sind gespannt, wie derselbe seinen Weg jetzt nehmen wird. Der Herr Ministerpräsident hat uns angedeutet, daß er in Verhandlung mit Jemand treten wolle, und wie es scheint, nach preussischer Seite. Hr. Bassermann weist noch immer im feindlichen Lager, während Sachjen von dort aus bezwungen wird, die preussischen Abgeordneten abzurufen werden, und ein Manifest erscheint, worin Sie Alletronumstürzende Empörer genannt werden. (Bewegung. Hört!)

Nachdem der Redner das Benehmen der preussischen Regierung geschildert, fährt er fort: Die Demokratie hat doch ihr Haupt stets hoch getragen, sie hat sich nie erniedrigt, wie jene Gegenpartei, welche das Haupt vor einigen Monaten noch in den Staub drückte, jetzt es aber in unerhörtem Uebermuth wieder erhebt. Solche Momente wird das stiltliche Gefühl des Volkes nicht vergessen. (Beifall.) Der Redner wirft einen Blick auf Süddeutschland und meint, daß man wie früher in Wien und Berlin der Auflösung durch constituirende Versammlungen abhelfen müsse. Warum aber hat das Ministerium Velt geradezu den Wunsch der Offenburger Versammlung abgeschlagen und mit Gewalt gedroht? Warum haben Sie mit der Vereidigung gezögert? Durch Ihr Zögern ist im Süden das Mißtrauen entstanden. Man sah dort, wie sich die Königreiche mit Oesterreich vereinigen, sich stützend auf Rußland. Der Redner stellt den Krieg mit letzterem als nothwendig dar und erklärt, daß er geführt werden wird, daß die Russen vom deutschen Boden müssen und wenn ihn die Versammlung nicht führe, so werde das Volk es thun. Wenn es Ihnen Vergnügen macht, sich selbst überflüssig zu machen, so ist das eben Ihre Sache. Es ist möglich, daß die preussische Hegemonie Manchen so sehr im Kopfe steckt, daß sie sich selbst an eine Eroberung durch Preußen gewöhnen könnten. (Sehr wahr! im Centrum.) Aus dem Centrum ist mir das „sehr wahr“ ein sehr ominöses Wort. Durch Ihre Zusage aber bekommen Sie die Ruhe des Grabes und die Stille des Kirchhofs. Der Herr Erzherzog Stephan war auch im Conflicte mit den Vertretern Ungarns; er entflo, die Vertreter Ungarns votirten 201.000 Mann und 60 Millionen. Thun Sie dergleichen, das ist mein Rath. (Großer Beifall.)

Abg. Jordan aus Berlin: Auf die bloße Auseinandersetzung des Vorredners bin können wir nicht über die Anträge abstimmen, wir müssen sie zuerst prüfen. Ich fürchte, wir sind auf dem Wege zu sinken. Der Redner meint, es gehöre wahrhaftig kein Seherblick, um die facies hippocratica der Versammlung zu bemerken. Vor lauter Dringlichkeit und Dringlichkeit kommen wir nicht mehr zur Ueberlegung, und wenn diejenige Partei, welche nicht so genial zu sein glaubt, das Heil des Vaterlandes aus dem Aermel zu schützen, um Bedenkzeit bittet, so nennt man sie zögernde Ver-

räther. Der Redner macht der Versammlung hierauf Vorwürfe über die Art, wie gestern der Minister empfangen wurde. Auf der Tribune stand nicht die Person des Herrn Dr. Grävell, sondern des Reichsverwesers Premierminister. Wenn ich auch aus allen Kräften das Programm des Ministeriums bekämpfen werde, so ist doch eine solche Mißachtung des Rathes des Reichsverwesers eine Mißachtung, welche auf Niemand zurückfällt, als auf die Gesetzgeber selbst. Der Redner ruft Wehe über eine solche Versammlung, die sich selbst mißachtet und ihre Kraft selbst zerstört. Wir müssen, schließt der Redner, das Programm mit Gründlichkeit prüfen, dann, meine Herren, wollen wir das Ministerium zu stürzen suchen, dann wollen wir eine Deputation an den Erzherzog senden. Der Redner schlägt vor, das Programm dem Ausschusse zur Berichterstattung zu überreichen und den Bericht auf die morgige Tagesordnung zu setzen. Er reicht einen solchen Antrag ein.

Abg. Nauwerck, für Welfer's Antrag, vergleicht den Vorredner mit einem jener Leichenhühner, welche sich gewöhnlich zeigten in Kremser und in Berlin vor der Auflösung der Versammlungen, welche der Geruch des Aases anzieht. Er ergeht sich hierauf in derben Angriffen gegen die Centralgewalt, er sieht in dem Programme nichts, als eine Andeutung der Reichspolizei, welche von Frankfurt ausgeübt werden soll; ihm zufolge werde die Centralgewalt die verrätherische Politik des Cabinets zu Dmüg und Berlin unterstützen. Hierauf richtet er seine Worte gegen die Cabinet, welche das Vaterland gegen Außen verrathen, wie sie seine Freiheit im Innern mit Elephantenhufen zerstampfen wollten. (Beifall links.)

Die Abstimmung über einen Antrag auf Schluß der Debatte ist zweifelhaft, die Discussion wird daher fortgesetzt.

Abg. Buß erklärt sich für den Antrag des Abg. Jordan und meint, die Verfassung sei nicht dem Wunsch des deutschen Volkes gemäß, sie lasse den Stämmen keine Freiheit, sie habe Oesterreich hinausgeworfen; auch die Demonstrationen zu Gunsten derselben seien nur erkünstelt und werden bald unterbleiben. Der Redner wird öfters von der Heiterkeit des Hauses unterbrochen.

Abg. Vogt: Es kann Jemand die facies hippocratica haben und doch an einer ehrenvollen Wunde sterben. (Beifall.) Den Vorwurf, den uns der Redner (Jordan) gemacht, mag er für sich und seine Partei hinnehmen. Freilich ist das Ansehen der Centralgewalt geschwunden, ihr Schiff ist bloß noch zum Abtasteln geeignet. Seitdem die Corruption eingerissen, ist es aber erst mit ihr so weit gekommen. Ich werde von dem Gesichtspunkte aus gegen die augenblickliche Verathung des Programms stimmen, daß man morgen darüber berathe, ob und wie die Centralgewalt überhaupt aufzuheben und durch eine neue zu ersetzen sei. Der Redner drückt seine Unzufriedenheit mit der Centralgewalt aus, äußert den Wunsch, daß sich der Träger derselben entferne und scherzt über die Buß- und Straßpredigten der Arbeiter im Weinberge der Piusvereine. (Abg. Buß ruft zur Ordnung wegen der Aeußerung gegen den Reichsverweser. Der Vorsitzende erklärt, daß er der Mahnung des Abg. Buß nicht bedürfe. Abg. Vogt meint, er habe nur einen Wunsch ausgedrückt, welchen er morgen in der Form eines Antrags in das Haus bringen werde.)

Das Ministerium, fährt er fort, wird ohne Majorität regieren, d. h. absolutistisch, und daß dies möglich ist, haben Sie verschuldet, als Sie beschlossen, daß die Centralgewalt Ihre Beschlüsse nicht durchzuführen habe. Sie werden jetzt geschlagen durch Ihre eigenen Beschlüsse; damals gruben Sie sich selbst Ihr Grab, und jene Beschlüsse ruhen Ihnen jetzt so schwer auf den Schultern, daß Sie es jetzt nicht abzuwickeln vermögen. Die Möglichkeit der Existenz eines solchen Ministeriums, das ist die herbste Beurtheilung der Majorität dieser Versammlung, der Centralgewalt und des bisherigen Ministeriums. Sie haben nicht einmal etwas in der Hand, um dieses Ministerium zum Abtritte zu zwingen. Versuchen Sie es mit einem Mißtrauensvotum. Der Ausschuss wird Ihnen aber auch keinen andern Antrag machen, als den, dem Ministerium ein Mißtrauensvotum zu geben. Der versteht die Lage nicht, der jetzt noch für eine Berichterstattung durch den Ausschuss stimmt. Sie müssen geradezu die Aggressive gegen die Centralgewalt ergreifen. Das hätte schon früher geschehen sollen, noch eher als man anderswo übereingekommen, die provisorische Centralgewalt dem Könige von Preußen zu übertragen. Die Macht, die Sie verscherzt, können Sie jetzt noch in einigen Theilen Deutschlands unter sich nehmen, allein nicht zu spät! Aber in dem jetzigen Augenblicke muß ein Jeder entschlossen sein, die alte Politik der Majorität muß aufgegeben werden. (Beifall.)

Abg. Freudentheil schließt sich dem Antrag des Abg. Welfer an. Da keine weiteren Redner eingeschrieben, stellt der Vorsitzende die Unterstützungsfrage zum Antrage des Abg. Jordan und schreitet zur Abstimmung. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung für den Antrag des Abg. Welfer wird unterstützt. — Der Antrag des Abg. Jordan wird abgelehnt.

Hierauf gelangt der erste Theil des Welfer'schen Antrags zur namentlichen Abstimmung. Er wird mit 191 Stimmen gegen 12 Stimmen angenommen. 44 haben sich der Abstimmung enthalten. Abg. Welfer nimmt den letzten Theil seines Antrags zurück, in Erwartung, daß der Reichsverweser nach dem heutigen Beschlusse der Versammlung dem Wunsche derselben durch Bildung eines den Verhältnissen gemäßen Ministeriums entsprechen werde. — Mehrere Abgeordnete reichen eine Erklärung ein, daß sie sich deswegen der Abstimmung enthalten, weil derselbe an keinen Ausschuss verwiesen worden. — Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 7 1/2 Uhr und beraumt die nächste auf morgen Freitag den 18. Mai 12 Uhr an.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. S. Maffei.

[1393]

Bürger = Verein.

Freitag den 18. Mai findet eine Versammlung im Wolfseck nicht statt.

